



HESSISCHER LANDTAG

24. 03. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Umweltministerin Lautenschläger betreibt Geschäft der Atomlobby

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert die öffentlich geäußerte Forderung von Umweltministerin Lautenschläger, alte und damit besonders risikoreiche Atomkraftwerke weitere 15 Jahre betreiben zu wollen und einen Teil der den Betreibern dadurch entstehenden Milliardengewinne in einen staatlichen Fonds zu lenken. Die Umweltministerin betreibt mit dieser Forderung das Geschäft der Atomlobby.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich nicht am durchsichtigen Spiel der Profitmaximierung der Atomkonzerne zu beteiligen, sondern darauf zu dringen, dass der Atomausstiegvertrag von den Atomkraftwerksbetreibern erfüllt wird und auch die Verantwortung für die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomkraftwerke finanziell übernommen wird.
3. Der Landtag fordert von der Landesregierung die umgehende Vorlage eines konkreten Konzeptes, wie zumindest das von ihr selbst gesetzte Ziel erreicht werden wird, den bisherigen Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch in Hessen von 4,5 v.H. auf 15 v.H. bis zum Jahr 2015 zu steigern.

Begründung:

Die großen Stromversorgungsunternehmen erzielen mit alten, abgeschriebenen Atomkraftwerken seit Jahren hohe Gewinne, die sich jedoch nicht in Strompreisreduzierungen niederschlagen. Steuerfreie Rücklagen ermöglichen der Elektrizitätswirtschaft eine enorme Liquiditätsreserve von 27,388 Mrd. € (Ende 2006), die das Steueraufkommen schmälern. Bei einem Ausstieg aus dem Atomausstieg würden den deutschen Stromkonzernen laut "Capital" (Ausgabe 4/2009) Zusatzgewinne von 61 Mrd. bis im Extremfall von 316 Mrd. € winken. Profiteure der Atomkraft sind bisher einzig und allein die Atomkraftwerksbetreiber und diese wollen es auch bleiben.

Der Vizepräsident des renommierten Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie hält die Forderung, man könne die Energieunternehmen verpflichten, einen Teil ihrer zusätzlichen Gewinne in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren, für einen vorgeschobenen Grund. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hingegen habe bereits in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich eine Dynamik im Ausbau der erneuerbaren Energien in Gang gesetzt.

Die Betreiber von Atomkraftanlagen sprechen sich seit Jahren gegen einen öffentlich kontrollierten Stilllegungs- und Entsorgungsfonds aus. Dazu kommt, dass sich die Atomkraftwerksbetreiber nicht an den hohen Entsorgungskosten für radioaktive Abfälle im Atommülllager Asse beteiligen wollen, obwohl laut Bundesumweltministerium ca. 74 v.H. der strahlenden Abfälle direkt oder indirekt den Atomkraftwerken zugeordnet werden kön-

nen. Die Kosten für die Sicherung des Atommülllagers wären somit aus dem Steueraufkommen zu bestreiten.

Die Störfälle in Biblis, Brunsbüttel, Krümmel, Forsmark, Krsko, Tschernobyl belegen die Risiken der Atomkraft. Die hessischen Reaktorblöcke Biblis A und B gehören zu den pannen anfälligsten Einrichtungen ihrer Art. Alternative Atomkraftwerke erhöhen die Sicherheitsrisiken. Hinzu kommt die Problematik der terroristischen Gefahr. Keiner der heute weltweit vorhandenen 439 Reaktoren ist wirksam dagegen geschützt und weltweit ist immer noch kein sicheres Endlager für hoch strahlenden Atommüll vorhanden.

Wiesbaden, 24. März 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir